bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: SPD LAND BREMEN

Der neue Senat (v. l. n. r.): Özlem Ünsal (Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, SPD), Sascha Karolin Aulepp (Kinder und Bildung, SPD), Kristina Vogt (Wirtschaft und Häfen, Die Linke), Andreas Bovenschulte, (Präsident des Senats, Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften, Bundesangelegenheiten, Kultur, SPD), Björn Fecker (Finanzen, Grüne), Kathrin Moosdorf (Klima, Umwelt und Wissenschaft, Grüne), Claudia Schilling (Arbeit und Soziales sowie Justiz, SPD), Claudia Bernhard (Gesundheit, Pflege, Frauen, Gleichstellung und Verbraucherschutz, Die Linke), Ulrich Mäurer (Inneres und Sport, SPD)

SICHER, SOZIAL, ÖKOLOGISCH, ZUKUNFTSFEST – DIE KOALITION STEHT!

Von Reinhold Wetjen, Vorsitzender der SPD LAND BREMEN

Wir haben es geschafft! Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und Linken ist fertig unterschrieben und der Senat mit dem neuen alten Bürgermeister Andreas Bovenschulte wurde gewählt. Das ist ein schönes Ergebnis, eines auf das wir lange, intensiv und zusammen hingearbeitet haben. Wir haben um die wichtigen Themen gerungen, haben mit viel Herzblut ein Programm erarbeitet und einen Super-Wahlkampf gemacht. Dafür möchte ich allen Mitgliedern ein großes Dankeschön aussprechen!

In den kommenden vier Jahren müssen wir zeigen, dass die SPD Bremen und Bremerhaven nach vorne bringt und das Beste für die Bürgerinnen und Bürger herausholt – dann knacken wir bei der nächsten Wahl auch wieder die 30 %. Unser Koalitionsvertrag liefert dazu eine sehr gute Grundlage und ich bin überzeugt davon, dass wir mit unseren Partnern bei den Grünen und Linken ein starkes Team bilden. Wir haben uns viel vorgenommen, doch ich spüre einen ausgeprägten Willen zum Machen und Umsetzen in dieser Koalition. Um es klar zu sagen: Rot-Grün-Rot ist nicht einfach nur die Fortschreibung der letzten vier Jahre mitsamt allen Streitereien und Problemen. Das starke SPD-Ergebnis schlägt sich ganz deutlich im Koalitionsvertrag wieder, der damit in keiner Weise ein „Weiter-So“ ist. Als SPD haben wir einen starken Vertrag ausgehandelt. Wir haben Ressortzuschnitte, die sachlich und inhaltlich geprägt sind und wir haben eine faire Ressortverteilung vorgenommen. Dank unseres guten Wahlergebnisses haben wir Sport, Soziales und Arbeit, Bau, Stadtentwicklung und Verkehr wieder in unsere Reihen geholt und nicht ganz unwichtig Inneres und Justiz sowie Kinder und Bildung behalten.

Die Aufgaben, die wir im Koalitionsvertrag formuliert haben, sind sehr herausfordernd, doch ich bin zuversichtlich, dass wir sie bewältigen. Wir haben vor allem deutlich gemacht, dass Kinder absoluten Vorrang haben. Das bedeutet unter anderem, dass jedes Kind einen Kitaplatz bekommen soll und dass wir in allen ersten Klassen der Grundschulen eine 2. Kraft einstellen. So legen wir von Anfang an gute Grundlagen für lesen, schreiben und rechnen. Das wird ein schwieriger und steiniger Weg, doch wir werden ihn gehen. Wir halten außerdem an der Klimaneutralität bis 2038 fest und wollen 2,5 Mrd. für die energetische Sanierung unserer Gebäude (Schulen, Kitas, Turnhallen, Uni und Hochschulen etc.) für die Wärmewende, für den ÖPNV und für die Wirtschaft bereitstellen. Auch Bremerhaven ist prominent im Programm vertreten. Ob nun Hafensanierung und -modernisierung oder Energy Port und Green Ports: Wir erhöhen die Wertschöpfung durch den Ausbau erneuerbare Energien und Schiffsrecycling und wir unterstützen bei der Weiterentwicklung der Havenwelten und der Entwicklung des Werftquartiers – um nur einige Stichpunkte zu nennen.

Mein Fazit: Mit dem Koalitionsvertrag haben wir viel erreicht. Er ist die gute Basis für vier erfolgreiche Jahre. Dabei spielt die Entwicklung unserer Einnahmen (Steuern etc.) jedoch eine nicht unwichtige Rolle. Wir erwarten von unserem künftigen Senat mutiges und entschlossenes Handeln und von unserer neuen Fraktion eine breite Unterstützung. ■

VERÄNDERUNG GESTALTEN: SICHER, SOZIAL, AUF DER HÖHE DER ZEIT!

Interview mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

FOTO: SPD LAND BREMEN

Andreas Bovenschulte mit der neuen Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, Özlem Ünsal

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und Linken für die kommenden vier Jahre steht. Bist Du zufrieden?
Ich bin sogar sehr zufrieden. Unser Land und unsere beiden Städte stehen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel, die Klimakrise, die Veränderungen in der Weltpolitik, die sich beschleunigende Digitalisierung: All dies wird für die Menschen im Alltag immer spürbarer und es ist die Aufgabe der Politik, sie mitzunehmen, sie zu unterstützen und ihnen die nötige Sicherheit zu geben. Viele hierfür nötige Maßnahmen sind im neuen Koalitionsvertrag zu finden.

Je mehr Personen am Tisch sitzen, desto schwieriger ist es in der Regel, zu einem Ergebnis zu kommen. Wie lief die Zusammenarbeit zwischen SPD, Grünen und Linken?
Es waren intensive drei Wochen, zum Teil mit Nacht- und Wochenendschichten. Und ja, ab und an wurde auch mit verstärkter Höflichkeit diskutiert. Aber es gab von Anfang an einen tollen Teamgeist. Alle haben an einem Strang gezogen, alle wollten Probleme lösen und keine neuen schaffen. Auch deshalb blicke ich mit viel Zuversicht auf die Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren.

Die zentralen Botschaften des Koalitionsvertrages sind – untergliedert in vier Themenbereiche – direkt zu Beginn im Papier benannt. Es beginnt mit „Gute Arbeit in einer sich verändernden Wirtschaft" – was ist damit gemeint und welche Projekte wird die Koalition hier anpacken?
Wirtschaft und Arbeitswelt befinden sich weltweit in einem umfassenden Wandel. Sich verändernde Lieferketten, neue Arbeitsorganisation und Fachkräftemangel – das sind alles Themen, die Bremen und Bremerhaven in besonderem Maße betreffen. Wir müssen unser Stahlwerk auf grünen Stahl umstellen, die Wasserstoffwirtschaft ausbauen und mehr für Aus- und Weiterbildung tun. Unser Ziel ist es dabei, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitzunehmen und den Wandel mit ihnen und ihren Interessenvertretungen, Betriebsräten und Gewerkschaften, gemeinsam zu gestalten. Und zwar so, dass sowohl die Menschen als auch die Unternehmen profitieren.

Wie auch in der Vergangenheit wird auf das Thema „Kinder und Bildung" ein besonderes Augenmerk gelegt. Was sind die konkreten Ziele?
Gute Bildung und Betreuung für alle Kinder – das ist auch weiterhin unsere Maxime und das hat in den kommenden vier Jahren die allerhöchste Priorität. Wir wollen jedem Kind in Bremen und Bremerhaven einen Platz in einer Kita bzw. einer Tagespflege anbieten. Dafür werden wir die Ausbildungskapazitäten deutlich erhöhen und mehr Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger einstellen. Wir werden Standards zeitlich befristet flexibler gestalten, um die Betreuungskapazitäten zu erhöhen. Wir werden in den Grundschulen schrittweise die Doppelbesetzung in den Klassen vorantreiben und die Ganztagsbetreuung ausbauen.

Bereits im Wahlkampf war „Klima" eines der zentralen Themen bei allen Parteien. Wie sollen Bremen und Bremerhaven hier schnell zu wirksamen Maßnahmen kommen?
Wir wollen, dass unser Land spätestens 2038 klimaneutral ist und haben dafür bereits im vergangenen Jahr 2,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Wir investieren in die Transformation unserer Wirtschaft, in die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, in die Wärmeversorgung und Mobilitätsangebote. Und in die Digitalisierung unserer Verwaltung und unseres Bürgerservice.

Der vierte Themenbereich „Attraktive und lebenswerte Stadtgesellschaften" umfasst eine Vielzahl unterschiedlichster Projekte. Was sind hier die Wichtigsten?
Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen ermöglichen. Dazu gehören ein attraktiver Einzelhandel, eine gute ärztliche Versorgung, ausreichend Pflegeangebote, bezahlbarer Wohnraum, eine vernünftige Verkehrsanbindung sowie vielfältige Kulturangebote. Und nicht zu vergessen: Nur wer sich sicher fühlt, lebt auch gerne in seinem Quartier. Deswegen wollen wir Polizei und Ordnungsdienst weiter stärken.

Welches Thema im Koalitionsvertrag liegt dir persönlich ganz besonders am Herzen?
Darauf fallen mir viele mögliche Antworten ein, aber eins hat mich wirklich ganz besonders gefreut. Nämlich, dass die Koalition die Freikarte fortführen will. Wir haben den Kindern und Jugendlichen in diesem und im vergangenen Jahr bereits 60 Euro auf eine Guthabenkarte aufgeladen. Eigentlich war das als Ausgleich für die ganzen Einschränkungen in der Pandemie gedacht. Aber wir haben schnell gemerkt, was es für ganz viele Kinder in unseren beiden Städten bedeutet, wenn sie einmal selbst entscheiden können, ob sie ins Kino gehen, in die Laser-Tag-Arena oder die Boulder-Halle – einfach, weil sie erstmals in ihrem Leben das Geld dafür haben. Die Freikarte war für mich von Anfang an ein ganz besonderes Projekt, weil es auf so direkte und einfache Weise die Teilhabe für junge Menschen ermöglicht. Ich ha-

FOTO: STEFAN SCHMIDBAUER

ZUR PERSON:

FOTO: STEFAN SCHMIDBAUER FÜR SPD LAND BREMEN

Andreas Bovenschulte ist seit Mitte August 2019 Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Zuvor war er in der Nachbargemeinde Weyhe von 2014 bis 2019 Bürgermeister. Andreas Bovenschulte ist seit 1984 Mitglied der SPD und seit 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft ver.di. Von Juni 2010 bis Dezember 2013 war er Vorsitzender der SPD LAND BREMEN. Zur Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 war er Spitzenkandidat der SPD. Am 5. Juli 2023 wurde er erneut von der Bremischen Bürgerschaft zum Bürgermeister und zum Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen gewählt.

»Der Koalitionsvertrag legt die Basis für die Politik der nächsten vier Jahre.«

Andreas Bovenschulte

be in den vergangenen Monaten viele tolle Rückmeldungen von Kindern und Jugendlichen bekommen, die sich alle unbedingt eine Fortsetzung gewünscht haben. Deshalb freue ich mich wirklich, dass wir das möglich machen.

Aber natürlich liegen mir auch andere Themen sehr am Herzen, zum Beispiel die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Leider sehen die Zahlen hier für Bremen und Bremerhaven ja nicht so gut aus. Aber viel wichtiger als die Statistik sind die Schicksale, die sich hinter den Zahlen verbergen. In den kommenden vier Jahren wollen wir deshalb die bestehenden Programme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ausbauen und verstetigen. Unser Ziel ist allen erwerbsfähigen Menschen zu ermöglichen, ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen.

Die künftigen Herausforderungen für Bremen und Bremerhaven sind komplex und in vielen Bereichen nicht gerade günstig. Mit Blick auf den Bremer Haushalt: Wie kann die Realisierung aller Projekte dargestellt werden?
Ja, es ist richtig, dass wir nicht alle Projekte auf einmal umsetzen können. Der Haushalt wird uns dabei Grenzen setzen. Mancher Schritt wird deshalb kleiner ausfallen als erhofft. Wichtig ist aber, dass die Schritte immer in die richtige Richtung gehen und dass wir nicht stehen bleiben.

Sowohl bei den Zuschnitten der Senatsressorts, als auch bei der Verteilung und personellen Ausstattung der Senatsressorts hat sich Einiges getan: Die SPD hat ein Ressort dazubekommen, die Grünen haben ein Ressort abgeben müssen. Wie bewertest du die Veränderungen und was bedeuten sie für die kommenden vier Jahre?
Die Veränderungen nach dieser Wahl waren in der Tat erheblich. Auch, weil wir als SPD ja erfreulicherweise fünf Prozentpunkte dazugewinnen konnten. Ich finde es klasse, dass wir künftig die Senatorin für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stellen werden – da gibt es viele wegweisende Entscheidungen zu treffen, die unsere Städte nachhaltig prägen werden. Und ich freue ich mich, dass die Zuständigkeit für Soziales nun wieder zurück bei der SPD ist. Die Zusammenführung von Soziales und Arbeit war für uns da nur folgerichtig. Dass wir im Gegenzug die Zuständigkeit für die Häfen abgeben mussten ist natürlich ein Wermutstropfen. Ich kann den Genossinnen und Genossen jedoch versichern: Die Häfen sind und bleiben das Rückgrat unserer Wirtschaft und selbstverständlich werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch weiterhin maßgeblich an der Hafenpolitik beteiligt sein. Das gilt auch für mich ganz persönlich. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD LAND BREMEN
Violenstraße 43
28195 Bremen
info-land-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Andreas Reißig (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

ANZEIGE

INFO

NEUER ONLINE-AUFTRITT DER SPD-FRAKTION

Neue Legislaturperiode – neue Internetpräsenz: Die SPD-Fraktion hat ihre Homepage grundlegend überarbeitet. Sie erscheint jetzt in einem neuen Gewand. Was sich aber nicht verändert hat: Nach wie vor finden sich dort Informationen zu unseren Abgeordneten und unserer politischen Arbeit. Aktuelle Initiativen sind dort ebenso zu finden wie Pressemitteilungen und andere Veröffentlichungen wie zum Beispiel der tagesaktuelle Parlamentsticker.

Gleich geblieben ist auch die Adresse. Wir sind zu finden unter:

www.spd-fraktion-bremen.de

FOTO: SPD-FRAKTION / LENNART WILLE

SENAT GEWÄHLT

Rot-grün-rote Koalition setzt ihre Arbeit fort

SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör nennt zentrale Vorhaben

Die Bürgerschaft hat am 5. Juli Andreas Bovenschulte als Bürgermeister und Präsidenten des Senats wiedergewählt. Er erhielt 49 von 86 abgegebenen Stimmen. Zudem wählte das Parlament den Senat, dem für die SPD Sascha Aulepp, Claudia Schilling, Özlem Ünsal, Ulrich Mäurer und, als Bevollmächtigter beim Bund, Olaf Joachim angehören werden.

„Nach vier Jahren Senat Bovenschulte hat sich am 14. Mai dieses Jahres gezeigt: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land will Rot-Grün-Rot. Es hat sich gezeigt: Bremen hat mit Andreas Bovenschulte einen hervorragenden Landeschef, dem die Menschen ihr Vertrauen schenken. Und es hat sich gezeigt: Rot-Grün-Rot hat vier Jahre lang gute Politik für die Menschen in diesem Land gemacht und unsere beiden Städte gut durch die Krisen gebracht", sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör zu Beginn seiner Rede im Vorfeld der Wahl. Der Sozialdemokrat stellte daraufhin stellvertretend für die rot-grün-rote Koalition die Kandidat:innen für den Senat vor und zeigte sich überzeugt: „Dieser neue Senat ist eine gute Wahl für Bremen und Bremerhaven!"

Güngör stellte in seiner Rede aber nicht nur die zukünftigen Senator:innen vor, sondern auch zentrale Vorhaben, die der neue Senat im Auftrag der rot-grün-roten Koalition angehen wird. „Wir werden uns unserer Verantwortung stellen und Bremen und Bremerhaven in eine klimaneutrale Zukunft führen. Die finanziellen Weichen haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode gestellt. In den nächsten vier Jahren werden wir die notwendigen Maßnahmen entschieden umsetzen und unsere Wirtschaft bei der Transformation sowie beim Erhalt und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen begleiten und unterstützen", nannte er ein Beispiel und fügte an: „Wir werden zudem das Problem des Fachkräftemangels entschieden angehen und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern. Dazu gehört natürlich auch die Sicherung der Zukunft unserer Häfen. Und wir werden mehr Menschen in Arbeit bringen – durch den Azubi-Soli, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und neue Qualifizierungsangebote."

Als weitere Punkte nannte Güngör etwa das Ziel, dass jedes Kind einen Kitaplatz bekommen und die Schulen weiter verbessert werden sollen. Die rot-grün-rote Koalition werde dafür sorgen, das Wohnen bezahlbar bleibt, den Radverkehr fördern, den ÖPNV sowie die Ladeinfrastruktur für Elektroautos ausbauen sowie die Innenstadt attraktiver gestalten und ihre Erreichbarkeit für alle Mobilitätsformen sicherstellen. „Wir werden den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen weiter stärken", so Güngör. Die Koalition werde die Sicherheit und Sauberkeit sowie die Gesundheits- und Pflegeversorgung in den Quartieren weiter verbessern, die GeNo ohne Denkverbote zukunftsfähig aufstellen und den Bürgerservice verbessern – auch mithilfe digitaler Innovationen.

„Unsere Koalition wird in den nächsten vier Jahren eine Politik der Vernunft verfolgen!", fasste Güngör abschließend zusammen. „Das heißt: Wir machen das Mögliche möglich und setzen die richtigen Prioritäten. Wir wollen die Zukunft gewinnen und bieten gleichzeitig Sicherheit im Wandel. Und wir machen Politik für alle Menschen in Bremen und Bremerhaven!" ■

ANTJE GROTHEER ERNEUT PRÄSIDENTIN

Bürgerschaft wählt SPD-Abgeordnete mit 84 von 87 Stimmen an die Parlamentsspitze

Antje Grotheer ist erneut zur Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft gewählt worden. Die Sozialdemokratin erhielt in der konstituierenden Sitzung des Parlamentes am 29. Juni 84 von 87 abgegebenen Stimmen bei zwei Enthaltungen. Als Schriftführer:innen werden zudem Heike Kretschmann, Elombo Bolayela und Holger Welt die SPD-Fraktion im Bürgerschaftsvorstand vertreten.

In ihrer Antrittsrede forderte Grotheer die Abgeordneten auf: „Nutzen Sie die kommenden vier Jahre, um dem Vertrauen gerecht zu werden, das Ihnen die Menschen dieses Bundeslandes als Vorschuss gegeben haben. Kommen Sie mit den Menschen ins Gespräch. Gehen Sie auf die Menschen zu. Hören Sie ihnen zu. Kämpfen Sie für Ihre politischen Ideen und bleiben Sie hartnäckig, aber wechseln Sie auch die Perspektive – und, wenn Sie überzeugt sind, auch mal den eigenen Standpunkt. Diskutieren und streiten Sie – aber lassen Sie sich von den Bürger:innen auch mal die Meinung geigen! Das alles ist notwendig für eine lebendige und gesunde Demokratie."

Nicht in den Vorstand gewählt wurde der Kandidat von Bündnis Deutschland. „Wir können nach wie vor nicht erkennen, dass sich das so genannte ‚Bündnis Deutschland' oder vormals ‚Bürger in Wut' klar nach Rechtsaußen abgrenzt, programmatisch wie personell", begründete der SPD-Fraktionsvorsitzende Mustafa Güngör dies im Vorfeld. „Es bestehen erhebliche und belastbare Zweifel an deren Haltung gegenüber Demokratie und Rechtsstaat. Die zur Schau getragene Verachtung gegenüber unseren demokratischen Institutionen, unserer Parteien-

FOTO: SPD-FRAKTION/ LENNART WILLE

demokratie löst kein einziges Problem in unseren Städten, sondern spaltet unsere Gesellschaft und schürt nur Hass und Hetze. Aus unseren Reihen wird es daher keine Zustimmung für die Rechtspopulisten im Parlament geben. Wir werden uns nicht an der Normalisierung von Rechtspopulisten beteiligen." ■